

«Unhaltbar»: Fachpersonen kritisieren neuen Schweizer Bildungsbericht

Wissenschaftliche Mängel? Fehlende Unabhängigkeit, blinde Flecken und Einseitigkeit: Gemäss Forschenden weist der 400-seitige Report Defizite auf. Der Bund widerspricht.

Nina Fargahi

Der neue Bildungsbericht gilt als national bedeutendes Nachschlagewerk. Der 400-seitige Report spielt bei vielen bildungspolitischen Entscheiden eine wichtige Rolle.

Der Bildungsbericht wird gemeinsam vom Bund und von den Kantonen in Auftrag gegeben und finanziert. Federführend ist das Departement von Bundesrat Guy Parmelin, bei den Kantonen ist es die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren, kurz EDK, die vom Walliser Staatsrat Christophe Darbellay präsidiert wird.

Für die Umsetzung zuständig ist die Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung, kurz SKBF, unter der Leitung von Professor Stefan Wolter. Der Report erscheint seit 2006 alle vier Jahre und fasst Daten und Erkenntnisse aus Statistik, Forschung und Verwaltung zum gesamten Bildungswesen der Schweiz zusammen. Also zum Beispiel zu Themen wie Schülerzahlen, Abschlüssen und Kosten im Schweizer Bildungswesen. Doch nun regt sich Kritik.

Kriminalitätshypothese mit Daten widerlegt

Rolf Becker, emeritierter Professor an der Universität Bern, sagt: «Der Bildungsbericht weist gravierende wissenschaftliche Mängel auf.» Becker hat mehr als 20 Jahre lang die Abteilung Bildungssoziologie am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Bern geleitet. Die verwendete Literatur stamme vor allem aus Deutschland und dem angelsächsischen Raum sowie aus der eigenen Forschung, also aus der Feder der Koordinationsstelle für Bildungsforschung selbst. «Dass wichtige Publikationen aus der Schweiz mit Schweizer Daten erst gar nicht erwähnt werden, deutet auf eine selektive und unsachgemässe Recherche hin», sagt Becker.

Ganze Forschungsfelder mit relevanten Ergebnissen für den Bildungsbericht – etwa die Bildungssoziologie oder die Erziehungswissenschaften – würden komplett ausgeblendet. Zudem komme der Bildungsbericht zu «unvollständigen Ergebnissen».

Als Beispiel erwähnt Becker, dass der Bildungsbericht einen direkten Zusammenhang zwischen Bildung und Kriminalität herstelle: je höher die Bildungsinvestitionen, desto niedriger die Kriminalitätsrate. Becker kritisiert, dass «diese triviale bildungsökonomische Hypothese bereits vielfach widerlegt» worden sei, sogar mit Schweizer Daten. Um die Hypothese zu belegen, werde eine Studie aus Indien über einen einzigen Typus von Kriminalität herangezogen. Das zeige, so Becker, dass die Autoren des Bildungsberichts «keinen Überblick über dieses Forschungsgebiet» hätten.

Der Grund: «Dieser direkte Zusammenhang konnte bisher nicht wissenschaftlich bewiesen werden, und viele vorliegende



Ist der Bildungsbericht unabhängig oder «eine Art Selbstevaluation von Bund und Kantonen»? Lehrerin an der Wandtafel. Symbolbild: Imago



«Zeit, den Bericht zu überdenken», findet Professorin Katharina Maag Merki. Foto: PD

Studien weisen gravierende methodische Mängel auf, weil sie weder die Dunkelziffer noch unterschiedliche Straftaten in Rechnung stellen», sagt Becker. In bestimmten Bereichen wie Wirtschaftskriminalität könne eine höhere Bildung mit mehr Delikten einhergehen, viele andere Straftaten würden in allen Bildungsgruppen begangen, und umgekehrt könne eigene oder erfahrene Kriminalität selbst Bildungschancen verschlechtern. Wichtige Befunde hierzu fehlen gemäss Becker im neuen Bildungsbericht. Der Report sei «unvollständig und auf einem Auge blind».

Es fehle an Perspektiven und wissenschaftlichem Diskurs

Ähnlich sieht es Katharina Maag Merki, Professorin für Erziehungswissenschaft an der Universität Zürich. Sie sagt: «Der Bildungsbericht entspricht nicht in genügendem Ausmass den wissenschaftlichen Standards und vernachlässigt zentrale Bereiche, die für die Steuerung und Weiterentwicklung des Bildungssystems in der Schweiz unerlässlich sind.»

So sei es kein interdisziplinäres Fachgremium, das den Bildungsbericht erstelle und die Qualität der Analysen und Interpretationen evaluere. Die Bildungsökonomie nehme eine zu dominante Rolle ein, es fehle an verschiedenen Perspektiven und an einem wissenschaftlichen Diskurs, so Maag Merki.

Besonders problematisch findet die Professorin, dass die Qualität des Unterrichts und der Schulen nicht im Fokus stehe. Dies mit der Begründung, dass diese nicht ein «Gegenstand behördlicher Steuerung» sei und in die Autonomie der Schulen falle. Aber: Im Lehrplan 21 werden verbindliche Qualitätsstandards für den Unterricht und die Schule formuliert. «Es ist also zentral, Informationen zur Erreichung der Qualitätsstandards zu erhalten.» Zumal genau diese Bereiche bedeutsam seien für die Förderung der fachlichen und überfachlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler.

Der Bildungsbericht sei zudem keine unabhängige Publi-

kation, sondern «eine Art Selbstevaluation von Bund und Kantonen, da die Koordinationsstelle selber von Bund und Kantonen finanziert wird und eine externe Peer-Review durch wissenschaftliche Expertinnen und Experten fehlt». Maag Merki fordert: «Es ist Zeit, den Bildungsbericht zu überdenken.»

Steuergremium sei «rein politisch zusammengesetzt»

Ebenfalls Kritik übt Thomas Meyer, Gründer der TREE-Studie am soziologischen Institut der Universität Bern, die den Bildungsweg von Kindern von der Schule ins Erwachsenen- und Berufsleben analysiert. Er sagt, Bildung sei ein ausgeprägt interdisziplinäres sowie hoch ideologisiertes Forschungs- und Politikfeld. Vor diesem Hintergrund muss gemäss Meyer die Bildungsberichterstattung sowohl wissenschaftlich als auch politisch breit abgestützt sein. «Das ist in der Schweiz leider in keiner Weise der Fall.» Das für den Bildungsbericht verantwortliche Steuergremium sei «rein

politisch zusammengesetzt». Es gebe keinerlei Peer-Review-Verfahren, also keine wissenschaftliche Kontrolle. Meyer sagt: «Das ist eine unhaltbare Situation.»

Koordinationsstelle verneint Einfluss auf Aussagen

Stefan Wolter, der den Bildungsbericht verantwortet, äussert sich zu den Vorwürfen per Mail, möchte allerdings nicht öffentlich zitiert werden. Parmelins Departement und die Kantone weisen die Kritik zurück. Die Behörden betonen, dass der Bericht auf bereits publizierter Forschung basiere und Peer-Review-Verfahren deshalb nicht im klassischen Sinne angewendet würden, da es sich um keine wissenschaftliche Fachpublikation, sondern einen «verwaltungsnahen Synthesebereich» handle. Dennoch seien die zugrunde liegenden Studien «wissenschaftlich abgesichert und vielfach veröffentlicht oder im Publikationsprozess».

Der «Koordinationsausschuss Bildungsmonitoring» habe «keinen Einfluss auf die inhaltlichen Aussagen des Berichts», heisst es in der Antwort von EDK und Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation. Seine Rolle bestehe darin, die Erstellung zu begleiten und die Auswertung der Ergebnisse zu koordinieren. «Dabei geht es auch darum, identifizierte Daten- und Wissenslücken zu schliessen und die Evidenzbasis der Berichterstattung laufend zu verbessern.»

Der Ausschuss diene zudem als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Bildungsforschung. «Er besteht ausschliesslich aus Verwaltungsvertretungen sowie dem Direktor der SKBF; politische Entscheidungsträger sind nicht vertreten.»



Der Walliser Staatsrat Christophe Darbellay (links) und Bundesrat Guy Parmelin (Mitte) an der Medienkonferenz am 23. März. Foto: Keystone